

EUROBAROMETER 74

Die öffentliche meining in der Europäischen
Union

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STEUERUNG IN DER EU

Befragung: November 2010

Veröffentlichung: 12 Januar 2011 (European
Semester Conference)

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben
und koordiniert („Forschung und Verfassen von Reden“ Unit).

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard-Eurobarometer 74 Herbst 2010

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

**Durchgeführt von TNS Opinion & Social im
Auftrag der Europäischen Kommission –
Generaldirektion Kommunikation**

**Umfrage koordiniert von der Generaldirektion
Kommunikation**

**TNS Opinion & Social
Avenue Herrmann Debroux 40
1160 Brüssel
Belgien**

INHALTSVERZEICHNIS

EINFÜHRUNG.....	7
1. DIE EUROPÄER UND DIE KRISE.....	10
1.1 Die Wirtschaftskrise: Hat sie bereits ihren Höhepunkt erreicht oder steht das Schlimmste noch bevor?	10
1.2 Die Rolle der verschiedenen Akteure bei der Bewältigung der Krise.....	13
1.3 Maßnahmen zur Bewältigung der Krise.....	14
1.4 Reform der weltweiten Finanzmärkte	16
1.5 Die am besten geeigneten Akteure in Bezug auf die Regulierung und Reform des globalen Finanzmarkts sowie die Rolle der EU bei der Schaffung neuer Regeln zur Reform der globalen Finanzmärkte	18
1.6 Sind die verschiedenen Akteure erfolgreich gegen die Krise vorgegangen?	20
2. EUROPA 2020.....	22
2.1 Prioritäten im Rahmen der Leitinitiativen 2020	22
2.2 Meinungen zu den Zielen von Europa 2020	29
2.3 Bewegt sich die EU in die richtige Richtung?.....	32
FAZIT	34
TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN	36

Einführung

In diesem Bericht werden die ersten Ergebnisse der Befragungswelle 74 des Standard-Eurobarometers präsentiert, die von Mitte November bis Anfang Dezember 2010¹ in 32 Ländern bzw. Gebieten durchgeführt wurde: den 27 EU-Mitgliedstaaten, vier Beitrittskandidaten² (Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Türkei und Island), sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in jenem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird.

Unter dem Titel „Wirtschaftspolitische Steuerung in der Europäischen Union“ wird in diesem Bericht zuerst eine Auswahl an Fragen zur aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise, zu Regierungsmaßnahmen zur Bewältigung der Krise, zu Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerung der Finanzmärkte sowie zur Sichtweise der Rolle der verschiedenen globalen Akteure präsentiert. Im zweiten Teil konzentriert sich der Bericht dann auf die Strategie Europa 2020 mit Blick auf die mittelfristige Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Der Bericht wird anlässlich einer von der Europäischen Kommission³ organisierten Großkonferenz zum Thema „Wirtspolitische Steuerung in der Europäischen Union“ veröffentlicht.

Die Umfrage zeigt, dass die Anzahl der Menschen, die den Eindruck haben, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt bereits ihren Höhepunkt erreicht haben, deutlich zunimmt. Diese Meinung wird von einer Mehrheit der Befragten in 13 von 27 Ländern geteilt. Diese Entwicklung deckt sich mit den aktuellsten offiziellen Statistiken.

Im November 2010, als diese Befragung durchgeführt wurde, waren bereits die ersten Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung sichtbar: Das Wachstum in der EU27 war etwas höher als das im vorhergehenden Quartal verzeichnete (+0,4 Prozentpunkte) und lag im Jahresvergleich um satte 2,1 Prozentpunkte⁴ höher. Gleichzeitig ist die Arbeitslosenrate in einigen Ländern, vor allem in Deutschland, Finnland, Schweden und Malta seit Oktober 2009 deutlich, nämlich um 0,5 Prozentpunkte oder mehr, gesunken, obwohl sie in der Europäischen Union⁵ leicht gestiegen ist (+0,2 Prozentpunkte seit Oktober 2009).

Zu einer Zeit aber, in der einige Länder die Wirtschaftskrise allmählich überwinden, hatten einige Schwierigkeiten, insbesondere Irland, das zum Zeitpunkt der Feldarbeit mitten in einer schweren Finanzkrise steckte. Am 21. November suchte die irische Regierung über die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität beim Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union um Hilfe an.

¹ Länderspezifische Details zu den Terminen im Rahmen der Feldarbeit sind in den technischen Hinweisen zu finden.

² Montenegro ist seit Dezember 2010 ebenfalls Beitrittskandidat.

³ Konferenz „Hin zu einer integrierten wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU: Das europäische Semester“ ("Towards integrated economic governance in the EU: The European Semester", Brüssel, 12. Januar 2011, organisiert vom Beratergremium für europäische Politik (BEPA) und der GD ECFIN.

⁴ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-12112010-BP/EN/2-12112010-BP-EN.PDF

⁵ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-30112010-BP/EN/3-30112010-BP-EN.PDF

Somit befinden sich die verschiedenen Mitgliedstaaten in sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen. Während es in einigen Ländern bereits Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung gibt, scheint anderen Mitgliedstaaten das Schlimmste erst noch bevorzustehen.

Trotz dieser Unterschiede sind sich die meisten Länder einig, dass die Europäische Union bei der Lösung der Krise und der Reform des weltweiten Finanzsystems eine wesentliche Rolle spielen sollte.

Dieser Bericht konzentriert sich auf die bei den EU27-Mitgliedstaaten erfassten Ergebnisse und gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil geht es um die Krise und wie diese von den EU-Bürgern wahrgenommen wird. Im zweiten Teil wird untersucht, inwieweit die Bevölkerung die Strategie Europa 2020 unterstützt: ihre Einschätzung in Bezug auf die Erreichbarkeit der Ziele sowie ihre Prioritäten im Rahmen der in der Strategie definierten Leitinitiativen.

* * *

Dabei wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Forschung und Verfassen von Reden“) für Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt. Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigefügt. Darin werden auch die angewandte Interviewmethode und die Konfidenzintervalle im Einzelnen beschrieben⁶.

Die Eurobarometer-Website ist unter der folgenden Adresse abrufbar:

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen in Europa Befragten für die Zeit bedanken, die Sie für diese Befragung aufgewendet haben.

Ohne deren aktive Teilnahme wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

⁶ Die Ergebnistabellen sind ebenfalls im Anhang zu finden. Bitte beachten Sie, dass die in den Tabellen dieses Berichts enthaltene Summe der Prozentsätze mehr als 100% betragen kann, wenn bei einer Frage Mehrfachantworten zulässig sind.

Die Länder sind in diesem Bericht mit ihren amtlichen Abkürzungen angeführt. Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen sind:

ABKÜRZUNGEN	
EU27	Europäische Union – 27 Mitgliedstaaten
WN/KA	Weiß nicht/Keine Angabe
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern*
CY (tcc)	Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SL	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich
HR	Kroatien
TR	Türkei
MK	Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien**
IS	Island

*Zypern als Ganzes ist einer der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für den Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, ist der „gemeinschaftliche Besitzstand“ („*acquis communautaire*“) aufgehoben. Aus praktischen Gründen wurden nur die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den EU27-Durchschnitt einbezogen. Die im nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews wurden unter der Kategorie „CY(tcc)“ ausgewiesen [tcc: *Turkish Cypriot Community*, dt. türkisch-zyprische Gemeinschaft].

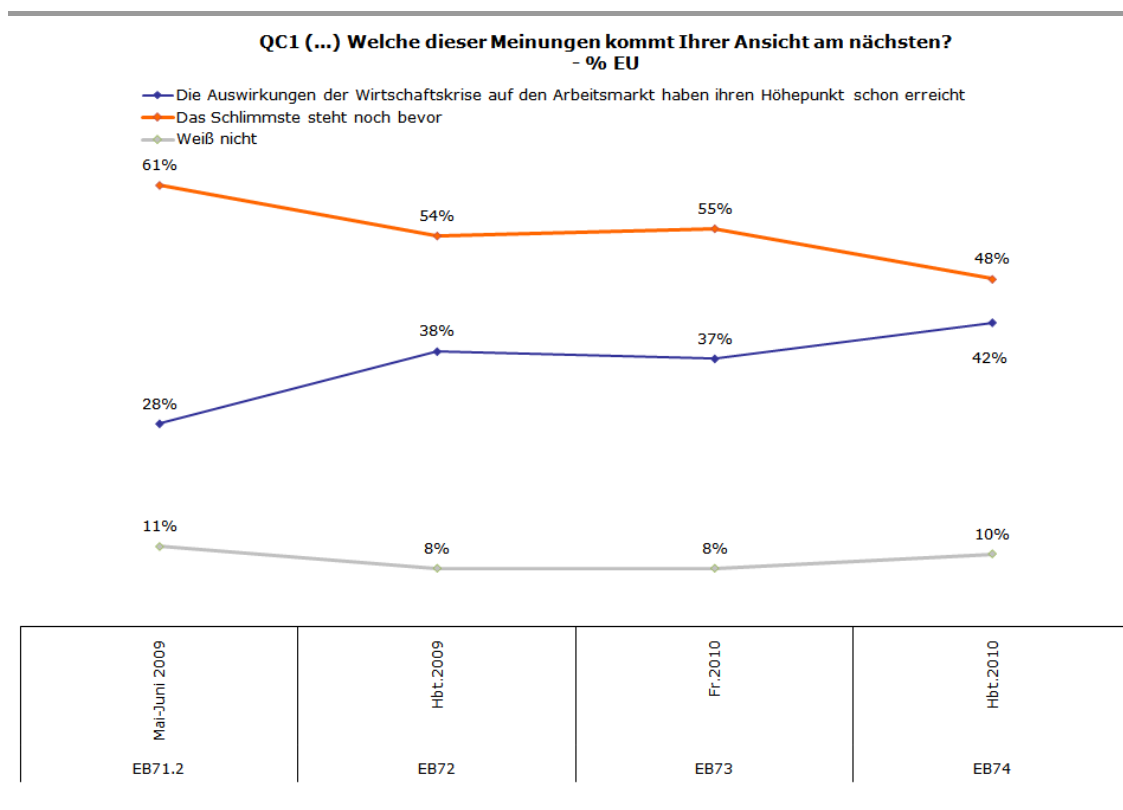
** Vorläufiger Code, der keinesfalls die definitive Nomenklatur für dieses Land vorgibt. Dieser wird nach Abschluss der aktuell bei den Vereinten Nationen laufenden Verhandlungen vereinbart.

1. DIE EUROPÄER UND DIE KRISE

1.1 Die Wirtschaftskrise: Hat sie bereits ihren Höhepunkt erreicht oder steht das Schlimmste noch bevor?

- Das Gefühl, dass die Krise bereits ihren Höhepunkt erreicht hat, nimmt zu, wenngleich immer noch eine Minderheit diese Meinung vertritt -

Die Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei, und eine Mehrheit der Europäer ist immer noch der Ansicht, dass hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt⁷ das Schlimmste noch bevorsteht (48%). Dieser Eindruck jedoch ist seit dem Frühling 2010 deutlich zurückgegangen (55%, -7 Prozentpunkte), während in demselben Zeitraum die gegenteilige Meinung, nämlich, dass die Krise bereits ihren Höhepunkt erreicht hat, stärker vertreten wird (42%, +5 Prozentpunkte).



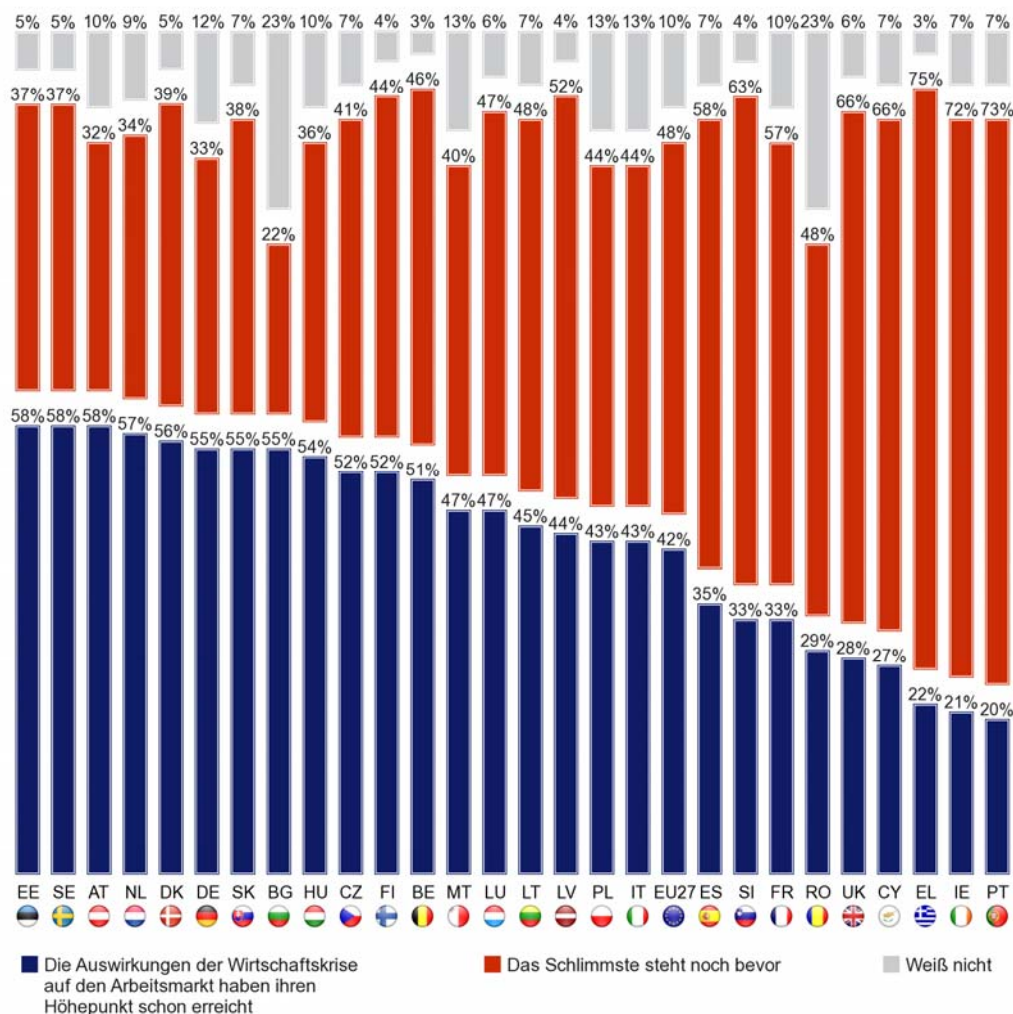
Während die öffentliche Meinung zu diesem Thema auf EU-Ebene in zwei fast gleich große Lager gespalten ist, wird die Situation von Land zu Land sehr unterschiedlich wahrgenommen. In 13 Ländern vertritt die Mehrheit die Meinung, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt bereits ihren Höhepunkt erreicht haben, vor allem in Estland, Schweden und Österreich (jeweils 58%).

⁷ QC1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

In 13 anderen Mitgliedstaaten herrscht die gegenteilige Meinung vor: Die Befragten in Griechenland (75%), Portugal (73%) und Irland (72%) neigen am stärksten zu diesem Standpunkt.

Bei den Befragten in Luxemburg sind die Meinungen gleichmäßig verteilt (47%/47%).

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?



Die öffentliche Meinung entwickelt sich in verschiedene Richtungen: In Deutschland ist man wesentlich optimistischer geworden (55% sind der Ansicht, dass die Krise bereits ihren Höhepunkt erreicht hat, +24 Prozentpunkte), aber auch in Luxemburg (47%, +21 Prozentpunkte), und Österreich (58%, +17 Prozentpunkte). In anderen Mitgliedstaaten ist die öffentliche Meinung hingegen pessimistischer als im Frühling 2010, allen voran in Irland (21%, -14 Prozentpunkte)⁸ und im Vereinigten Königreich (28%, -11 Prozentpunkte). Dieses Muster ist bei allen Ergebnissen der Umfrage zu beobachten. So wird die wirtschaftliche Situation in Deutschland, Österreich und Luxemburg wesentlich positiver beurteilt als vor sechs Monaten, während man in Irland und im Vereinigten Königreich pessimistischer geworden ist.

⁸ Während der Feldarbeit im Rahmen der Umfrage steckte Irland gerade tief in der Finanzkrise.

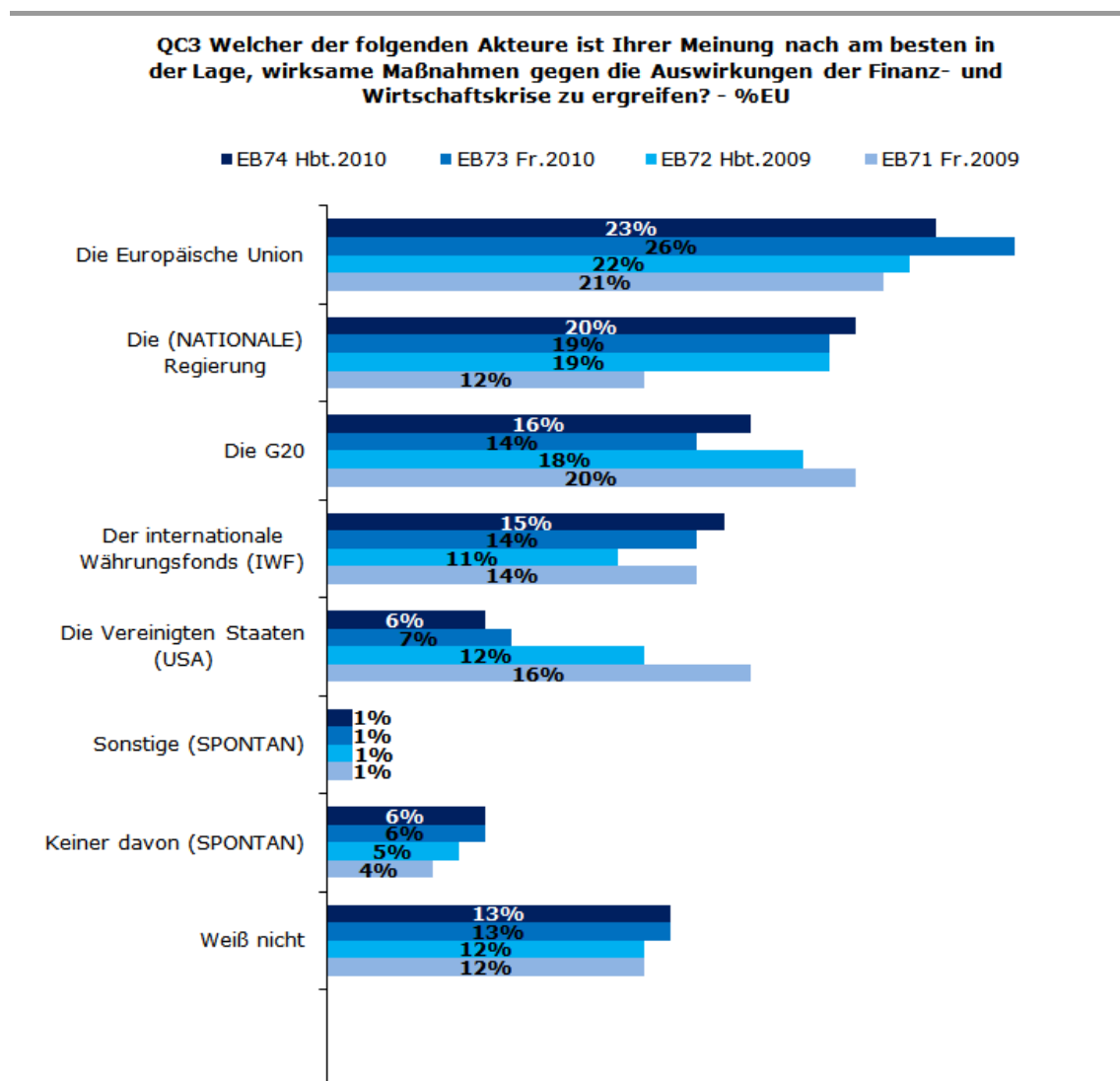
Die soziodemografische Analyse zeigt, dass unterschiedliche Gruppen die Krise sehr unterschiedlich beurteilen: Die meisten Menschen, die in die wohlhabenderen sozioökonomischen Kategorien fallen, sind der Ansicht, dass die Krise bereits ihren Höhepunkt erreicht hat, während nur eine Minderheit der Befragten aus den finanzschwächeren Kategorien diese Meinung teilt. 50% der leitenden Angestellten und 47% der Angestellten vertreten diese Ansicht, gegenüber 35% der Arbeitslosen und 35% der Hausfrauen/-männer.

Ebenso sind 51% der EU-Bürger, die sich ganz oben auf der gesellschaftlichen Skala einstufen, optimistisch, während es bei jenen mit der niedrigsten Selbsteinstufung nur 32% sind. Dasselbe trifft auf jene Befragten zu, die nahezu nie Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen (46%), während diese Meinung unter denjenigen, die in dieser Hinsicht meistens Schwierigkeiten haben, nur von 26% vertreten wird.

1.2 Die Rolle der verschiedenen Akteure bei der Bewältigung der Krise

- Die EU ist am besten geeignet, effizient gegen die Auswirkungen der Krise vorzugehen -

Laut der öffentlichen Meinung der Europäer ist die EU am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen, selbst wenn etwas weniger Befragte diese Meinung vertreten als im Frühling 2010 (23%, -3 Prozentpunkte). Knapp darauf folgt die jeweilige nationale Regierung (20%, +1) Die G20 (16%, +2) und der IWF (15%, +1) konnten ihre Position ein wenig verbessern. Die EU wurde seit Einführung dieser Frage im Frühjahr 2009 stets besser bewertet als die anderen Akteure.



Die Antworten im Euro-Raum weichen etwas von den Antworten in den Ländern ab, die den Euro nicht eingeführt haben. Die Befragten im Euro-Raum nennen an erster Stelle die EU (25%), gefolgt vom IWF (17%), während die nationalen Regierungen auf Platz drei rangieren, gleichauf mit der G20 (beide 16%).

In den Ländern, die nicht zum Euro-Raum gehören, stehen hingegen die nationalen Regierungen an erster Stelle (26%), gefolgt von der EU (21%).

Die Auffassung, dass die EU am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen, wird von einer Mehrheit der Befragten in 18 Mitgliedstaaten vertreten. Am häufigsten wird dieser Standpunkt in Griechenland (37%), Bulgarien (36%) und Polen (35%) geäußert.

Die Befragten im Vereinigten Königreich, in Schweden und Rumänien vertrauen am meisten ihrer nationalen Regierung (40%, 34% bzw. 29%). In der Tschechischen Republik (37%), den Niederlanden (35%), in Ungarn (27%), Lettland (26%) und Dänemark (25%) hält man die G20 für am fähigsten, effizient gegen die Krise vorzugehen.

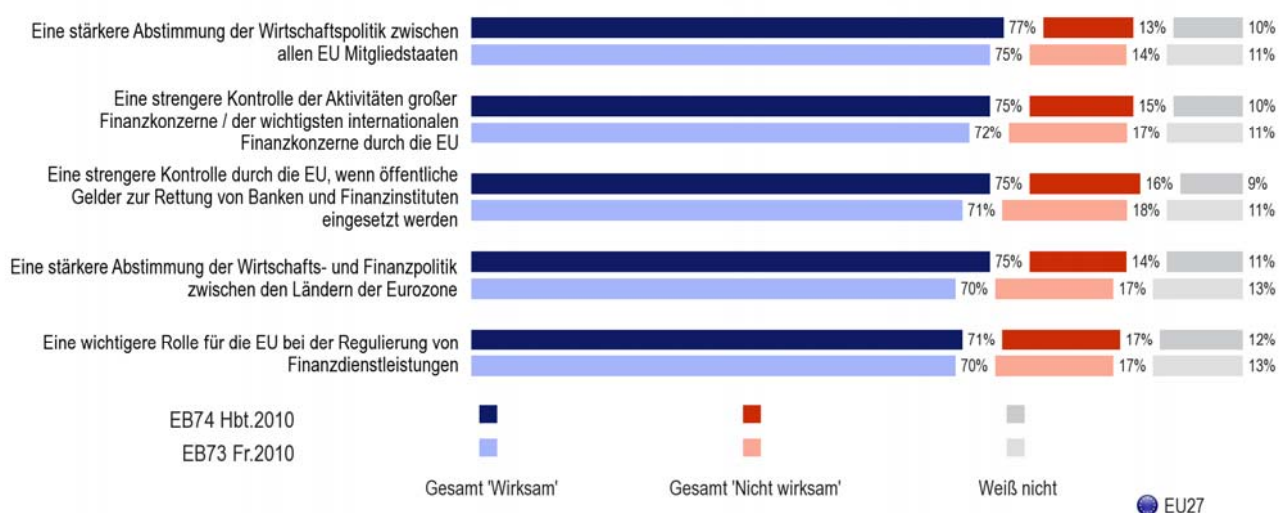
Die Befragten in Finnland bevorzugen hingegen den IWF mit 36%.

1.3 Maßnahmen zur Bewältigung der Krise

- Mehr Abstimmung zwischen den Ländern sowie eine stärkere Einbindung der EU werden als effiziente Mittel zur Bewältigung der Krise betrachtet -

In Einklang mit der Meinung, dass die EU am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu ergreifen, werden alle vorgeschlagenen Maßnahmen von mehr als sieben von zehn EU-Bürgern als wirksam angesehen. Dieser Standpunkt wird in Bezug auf alle thematisierten Vorschläge von mehr Befragten als im Frühling 2010 vertreten.

QC7. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen, ob Sie sie für wirksam halten oder nicht.



Das Bedürfnis nach einer stärkeren Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten innerhalb der EU (77%, +2 Prozentpunkte seit Frühling 2010), und des Euro-Raums (75%, +5 Prozentpunkte)⁹, wird von den EU-Bürgern nachdrücklich geäußert: Sie scheinen der Meinung zu sein, dass ein Vorgehen auf nationaler Ebene nicht ausreichen würde, um die Krise zu bekämpfen.

Darüber hinaus meint ein erheblicher Anteil der EU-Bürger, dass die Europäische Union bei der Bewältigung der Krise eine wichtigere Rolle spielen sollte. Zum einen durch die strengere Überwachung der Aktivitäten von Banken und Finanzinstituten (75%, +3 Prozentpunkte) sowie bei der Verwendung öffentlicher Gelder zu deren Unterstützung (75%, +4 Prozentpunkte), und zum anderen bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen. Diesbezüglich sind 71% der EU-Bürger der Ansicht, dass es von Nutzen wäre, wenn die Europäische Union eine wichtigere Rolle spielt (+1 Prozentpunkt).

Den Eindruck, dass die verschiedenen vorgeschlagenen Maßnahmen wirksam wären, äußert die absolute Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten. Die Detailanalyse jedoch zeigt, dass diese Meinung in unterschiedlichem Ausmaß vertreten wird. In der Slowakei, Belgien und auf Zypern sind die Befragten am häufigsten von deren Wirksamkeit überzeugt. Die Befragten im Vereinigten Königreich sind diesbezüglich hingegen am wenigsten optimistisch. So schwankt der Anteil derjenigen, die diese als wirksam bezeichnen, je nach vorgeschlagener Maßnahme zwischen 51% und 57%.

Was Veränderungen bei den Meinungen angeht, so ist die Unterstützung der diversen Maßnahmen in vielen Mitgliedstaaten gestiegen, insbesondere in Italien und Portugal: In diesen beiden Ländern sind deutlich mehr Befragte von der Wirksamkeit aller Vorschläge überzeugt (Zuwachs von 8 oder mehr Prozentpunkten) als im Frühling 2010.

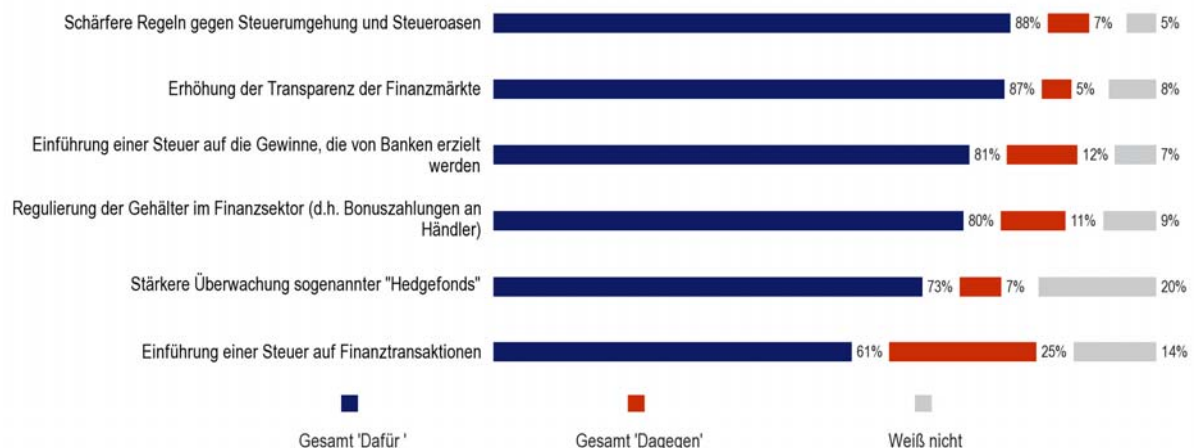
⁹ QC7 Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen, ob Sie sie für wirksam halten oder nicht. 1. Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen 2. Eine strengere Kontrolle der Aktivitäten großer Finanzkonzerne/der wichtigsten internationalen Finanzkonzerne durch die EU 3. Eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU Mitgliedstaaten 4. Eine strengere Kontrolle durch die EU, wenn öffentliche Gelder zur Rettung von Banken und Finanzinstituten eingesetzt werden 5. Eine stärkere Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Ländern der Eurozone – 1) Sehr wirksam 2) Ziemlich wirksam 3) Nicht sehr wirksam 4) Überhaupt nicht wirksam

1.4 Reform der weltweiten Finanzmärkte

- Die Europäer sprechen sich klar für die verschiedenen Maßnahmen zur Reform der weltweiten Finanzmärkte aus... -

Die Europäer **sprechen sich klar für die verschiedenen Maßnahmen aus, die die Europäische Union zur Reform der weltweiten Finanzmärkte verabschieden könnte**. So sprechen sich mindestens acht von zehn Europäern für vier der Vorschläge aus, und zwar für **schärfere Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen, Erhöhung der Transparenz der Finanzmärkte, Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden, sowie für die Regulierung der Gehälter im Finanzsektor (d.h. Bonuszahlungen an Händler)**.

QC8. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.



EU27

Ein etwas geringerer Anteil der Europäer spricht sich für eine **stärkere Überwachung sogenannter „Hedgefonds“** aus (73%). Der Anteil jener, die sich gegen diesen Vorschlag aussprechen, ist jedoch mit 7% nach wie vor sehr gering. Der etwas geringere Anteil der Fürsprecher ist durch den hohen Anteil an „Weiß nicht“-Antworten (20%) bedingt.

Und schließlich, obwohl die EU-Bürger von der **Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen** am wenigsten begeistert sind, sprechen sich dennoch mehr als sechs von zehn Befragten (61%) für diesen Vorschlag aus. Ein Viertel der Europäer ist dagegen, möglicherweise, weil sie befürchten, dass sie selber von dieser Steuer betroffen sein könnten.

- ...der Anteil der Fürsprecher schwankt jedoch von Land zu Land -

In Bezug auf einige Vorschläge herrscht Übereinstimmung, vor allem in Bezug auf **schärfere Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen** und die **Erhöhung der Transparenz der Finanzmärkte**. Fast bzw. mehr als 70% in allen Mitgliedstaaten befürworten diese beiden Maßnahmen.

Hinsichtlich der drei anderen Maßnahmen ist der Anteil der Befürworter unterschiedlicher: **die Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden, die Regulierung der Gehälter im Finanzsektor (d.h. Bonuszahlungen an Händler)** sowie **die stärkere Überwachung sogenannter „Hedgefonds“**. Die Mehrheit der Befragten spricht sich dafür aus, wenngleich dieser Anteil etwas geringer ist. Vor allem auf Malta ist dies in Bezug auf **die Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden** (51% unterstützen diese, während 26% dagegen sind), der Fall.

In Dänemark wird die **Regulierung der Gehälter im Finanzsektor** am wenigsten unterstützt (62% sind dafür, 31% hingegen lehnen diese ab).

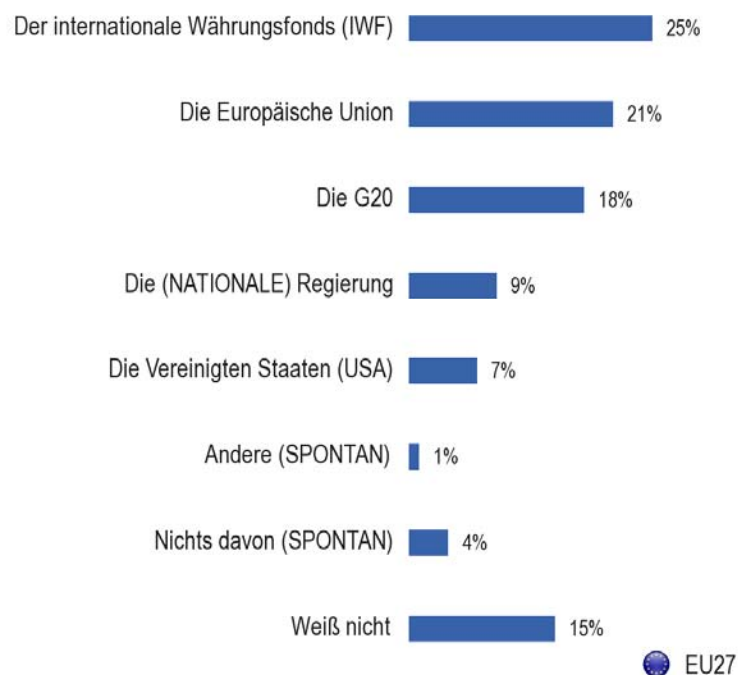
In Bezug auf die Frage der **Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden**, sind die Meinungen von Land zu Land wesentlich unterschiedlicher: So spricht sich in einigen Mitgliedstaaten die Mehrheit der Befragten sogar gegen eine solche Steuer aus, vor allem auf Malta (30% sind dafür, 46% dagegen) und in den Niederlanden (36% gegenüber 53%). Bei den Befragten in Schweden (45% gegenüber 46%) und im Vereinigten Königreich (43% gegenüber 41%) halten sich die Befürworter und die Gegner annähernd die Waage.

1.5 Die am besten geeigneten Akteure in Bezug auf die Regulierung und Reform des globalen Finanzmarkts sowie die Rolle der EU bei der Schaffung neuer Regeln zur Reform der globalen Finanzmärkte

- Die EU ist durchaus in der Lage, den globalen Finanzmarkt zu regulieren und zu reformieren, direkt hinter dem IWF -**

Obwohl die Europäische Union als der am besten geeignete Akteur betrachtet wird, um wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu ergreifen, rangiert der IWF vor der Europäischen Union, wenn es um die Regulierung und Reform des globalen Finanzsystems geht. Ein Viertel der Europäer erwähnt die internationale Institution mit Sitz in Washington (25%), gefolgt von der European Union (21%), und der G20 (18%). Hinsichtlich der Reform des globalen Finanzmarktes werden die nationalen Regierungen als weniger geeignet betrachtet (9%), und die Vereinigten Staaten schneiden diesbezüglich am schlechtesten ab (7%).

QC9. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um den globalen Finanzmarkt zu regulieren und zu reformieren?



Der IWF ist in 12 Mitgliedstaaten der am häufigsten genannte Akteur, allen voran in den nordischen Ländern Finnland (55%), Dänemark (39%) und Schweden (36%).

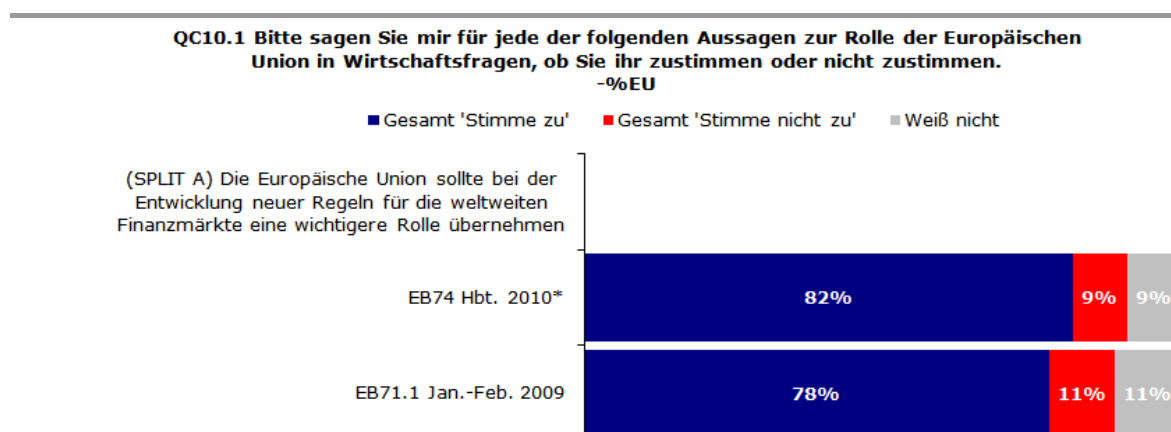
Auch in vier der größten EU-Länder wurde dieser Akteur am häufigsten genannt: in Frankreich (33%), Deutschland (28%), Spanien (28%) und im Vereinigten Königreich (24%).

Die Europäische Union war in 12 anderen Mitgliedstaaten, allen voran in Griechenland (33%) und Irland (32%) der am häufigsten erwähnte Akteur. So meinen diese zwei Länder, die in den vergangenen Monaten mitten in einer großen Krise steckten, dass die Europäische Union am ehesten in der Lage ist, den globalen Finanzmarkt zu regulieren und zu reformieren.

Zu guter Letzt sind die Befragten in den Niederlanden (36%), der Tschechischen Republik (32%) und Ungarn (29%) der Meinung, dass die G20 der geeignetste Akteur ist.

- Acht von zehn Europäern wünschen sich, dass die Europäische Union eine wichtigere Rolle bei der Regulierung der Finanzmärkte spielt -

82% der Europäer stimmen zu (einschließlich 34%, die *voll und ganz zustimmen*), dass die Europäische Union eine wichtigere Rolle bei der Entwicklung neuer Regeln für die globalen Finanzmärkte spielen sollte¹⁰. Der Anteil der Befragten, die dieser Meinung sind, ist seit Januar - Februar 2009¹¹ um 4 Prozentpunkte gewachsen.



*Bei EB74 wurde diese Frage nur der halben Stichprobe gestellt (Split A)

Die Mehrheit der Befragten in allen EU-Ländern stimmt dieser Aussage zu, wobei dieser Anteil von 93% in Belgien und auf Zypern bis 65% im Vereinigten Königreich reicht.

Die Analyse der Veränderungen zeigt, dass dieser Anteil in Irland (81%, +15 Prozentpunkte), Lettland (81%, +15) und Portugal (82%, +14) am meisten Zuwachs verzeichnet.

¹⁰ QC10.1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen zur Rolle der Europäischen Union in Wirtschaftsfragen, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen? 1. (nur an Gruppe A gestellt) Die Europäische Union sollte bei der Entwicklung neuer Regeln für die weltweiten Finanzmärkte eine wichtigere Rolle übernehmen - 1) Stimme voll und ganz zu 2) Stimme eher zu 3) Stimme eher nicht zu 4) Stimme überhaupt nicht zu

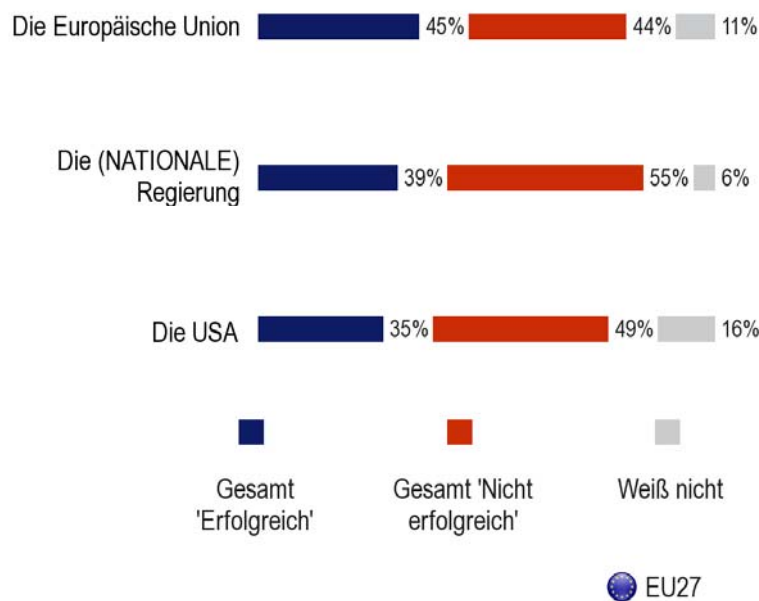
¹¹ Spezial-Eurobarometer Nr. 308: Die Europäischen Bürger im Jahr 2009

1.6 Sind die verschiedenen Akteure erfolgreich gegen die Krise vorgegangen?

- Was den Erfolg des Vorgehens der EU seit Beginn der Krise betrifft, gehen die Meinungen der EU-Bürger auseinander, während eine Mehrheit von 55% die Maßnahmen ihrer nationalen Regierungen kritisiert -

Während eine absolute Mehrheit der Europäer der Ansicht ist, dass ihre Regierung seit dem Ausbruch der Krise nicht erfolgreich gegen diese vorgegangen ist (55% gegenüber 39%, die ihr Vorgehen als effizient betrachten), halten sich die positiven und negativen Meinungen in Bezug auf die Rolle der Europäischen Union annähernd die Waage: So meinen 45%, dass sie erfolgreich gehandelt hat, verglichen mit 44%, die dies gegenteilig beurteilen. Und schließlich ist knapp über ein Drittel der Europäer der Meinung, dass die Vereinigten Staaten bisher erfolgreich gehandelt haben (35% gegenüber 49%).

QC11. Würden Sie sagen, dass die folgenden Akteure seit Beginn der Wirtschaftskrise bis heute erfolgreich bei deren Bekämpfung gehandelt haben oder nicht?



Obwohl die Meinungen in Bezug auf das Vorgehen der Europäischen Union geteilt sind, zeigt eine detaillierte Analyse der länderspezifischen Ergebnisse, dass eine Mehrheit der Mitgliedstaaten ihre Rolle positiv beurteilt:

So meint die absolute Mehrheit der Befragten in 14 Mitgliedstaaten¹² – und eine relative Mehrheit in fünf weiteren Ländern¹³, dass die Europäische Union erfolgreich gegen die Krise vorgegangen ist.

¹² Belgien, Bulgarien, Dänemark, Irland, Italien, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien und die Slowakei.

¹³ Tschechische Republik, Deutschland, Estland, Portugal und Finnland.

Umgekehrt kritisiert in acht Ländern die Mehrheit der Befragten ihre Maßnahmen, insbesondere in Griechenland (71% „ineffizient“) und auf Zypern (65%). Das Gefühl, dass die Europäische Union nicht erfolgreich gegen die Krise vorgegangen ist, herrscht auch in drei der größten EU-Länder vor: Spanien (58%), Vereinigtes Königreich (54%) und Frankreich (51%).

2. EUROPA 2020

2.1 Prioritäten im Rahmen der Leitinitiativen 2020

Das Ziel der Strategie Europa 2020, die im März 2010 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen wurde, um die Wirtschaft der EU für die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts fit zu machen, besteht darin, eine **intelligente, nachhaltige und integrative** europäische Wirtschaft¹⁴ zu schaffen und gleichzeitig die Krise zu überwinden. Um dies zu erreichen, wurden sieben Leitinitiativen festgelegt, die gemeinsam auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene umgesetzt werden sollen.

Wir haben die Europäer gefragt, welchen politischen Bereichen ihrer Ansicht nach im Rahmen dieser sieben Leitinitiativen¹⁵ Vorrang eingeräumt werden solle. Zuerst wurden die Befragten gebeten, die oberste Priorität (*Erstens?*) anzugeben, wobei nur eine Antwort ausgewählt werden durfte, und dann die weiteren Prioritäten (*Und dann?*), von denen mehrere gleichzeitig angeführt werden konnten. Die kombinierten Antworten auf beide Teile der Frage ergaben eine Gesamtplatzierung. In diesem Bericht konzentrieren wir uns auf dieses kombinierte Ergebnis (*Antworten gesamt*), aber auch auf die Ergebnisse bezüglich der erstgenannten Priorität (*erste Antwort*).

Aus den Antworten lässt sich schließen, dass die EU-Bürger hohe Erwartungen hinsichtlich Beschäftigung haben, und dass soziale Themen, Gleichberechtigung aller europäischen Bürger und Umweltbelange für sie vorrangig sind.

Der Großteil der vorgeschlagenen Maßnahmen zu jeder Leitinitiative scheint von den europäischen Bürgern weitgehend unterstützt zu werden. Einigen der vorgeschlagenen Maßnahmen wird jedoch eine etwas geringere Priorität beigemessen.

Auffällig ist auch, dass sehr wenige Befragte „Weiß nicht“ geantwortet haben¹⁶ : Die Europäer haben klare Vorstellungen zu den diversen Initiativen und zu den politischen Maßnahmen, die für deren erfolgreiche Umsetzung vorrangig sein sollten. **Dies zeigt gewissermaßen auch, dass sie diese als relevant betrachten.** Die einzige Ausnahme ist die Frage zur digitalen Strategie und dem Internet (20% „Weiß nicht“-Antworten).


¹⁴ Siehe <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/225> und

http://europa.eu/press_room/pdf/complet_en_barroso_007_-_europe_2020_-_en_version.pdf

¹⁵ QB2-QB8 Wenn Sie an das Thema Innovation/junge Menschen/Internet/Energie/Industrie/Arbeitsplätze und Qualifikationen/Armut denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens? Und dann?

¹⁶ Ist in den Datentabellen als „DK“ ausgewiesen

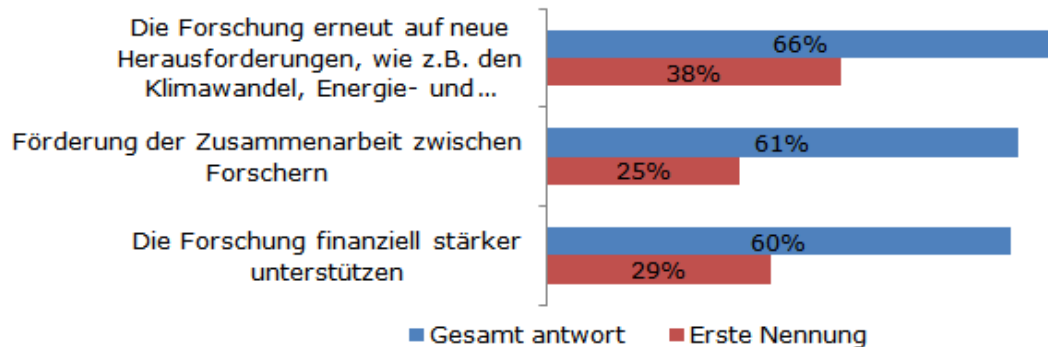
DIE PRIORITÄTEN DER EU-BÜRGER IM RAHMEN DER SIEBEN LEITINITIATIVEN

 EU27		Gesamt antwort	Erste Nennung
Innovation	Die Forschung erneut auf neue Herausforderungen, wie z.B. den Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz konzentrieren	66%	38%
	Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschern	61%	25%
	Die Forschung finanziell stärker unterstützen	60%	29%
Junge Menschen	Mehr junge Menschen in Beschäftigung bringen	82%	50%
	Die allgemeine Bildungsqualität auf allen Bildungsstufen erhöhen	79%	36%
	Studenten ermutigen, in einem anderen EU-Land zu studieren	37%	11%
Internet	Ausbau des Breitbandzugangs für alle europäischen Bürger	57%	34%
	Entwicklung weiterer Internetdienste für die Bürger (z.B. E-Government, E-Gesundheit)	52%	23%
	Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in elektronischen Handel (Kauf von Produkten und Dienstleistungen über das Internet)	49%	23%
Energie	Erneuerbare Energiequellen fördern	71%	37%
	Finanzielle Unterstützung für Kleinunternehmen und Haushalte bereitstellen, um deren Energieverbrauch effizienter zu machen	61%	31%
	Den CO ₂ -Ausstoß im Verkehrsbereich reduzieren	61%	26%
Industrie	Die Bestimmungen ändern, um die Gründung und Führung eines Unternehmens zu erleichtern, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen	67%	36%
	Das Beste aus den Möglichkeiten der grünen Wirtschaft herausholen (d.h. Umwelttechnologien, Recycling, erneuerbare Energie)	61%	31%
	Die Industriezweige, die sich in Schwierigkeiten befinden, umstrukturieren	58%	26%
Arbeitsplätze und Qualifikationen	Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Menschen im erwerbsfähigen Alter fördern ("lebenslanges Lernen")	74%	41%
	Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und mögliche berufliche Veränderungen unterstützen	74%	37%
	Das Recht der Menschen gewährleisten, in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten	46%	18%
Armut	Die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und verbesserten Zugang zu Gesundheitssystemen gewährleisten	72%	39%
	Innovative Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen bereitstellen, die am stärksten gefährdet sind	66%	32%
	Diskriminierung bekämpfen und den Risikogruppen helfen (wie alleinerziehende Eltern, ältere Frauen, Minderheiten, Roma, Menschen mit Behinderung und Obdachlose)	59%	25%

Die Ergebnisse zu den verschiedenen Initiativen sehen wie folgt aus:

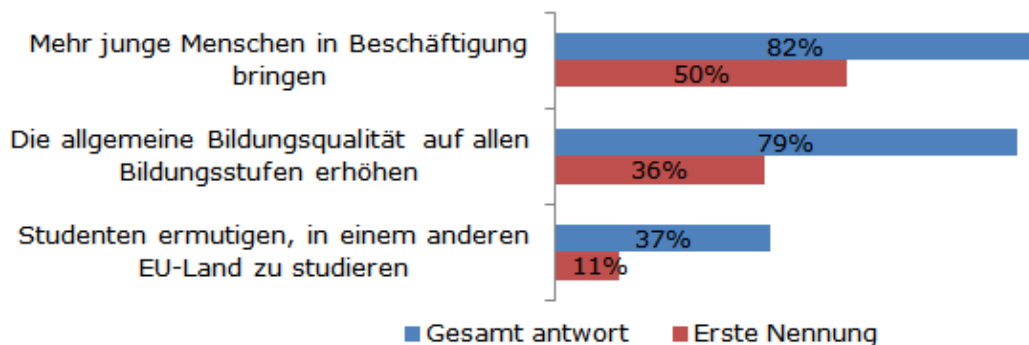
Innovation

Die EU-Bürger stellen eine Neuausrichtung der Forschung auf neue Herausforderungen, etwa Klimawandel, Energie und Ressourceneffizienz voran (66%). Außerdem steht diese Antwort deutlich an oberster Position der Liste der *erstgenannten Prioritäten* (38%). Zudem teilen sich die Meinungen der EU-Bürger auf die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschern (61%) und der stärkeren finanziellen Unterstützung von Forschung (60%) auf.



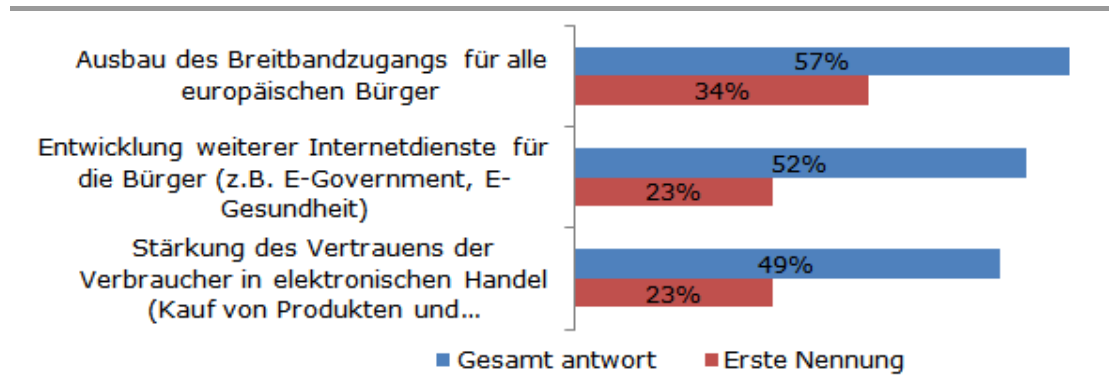
Junge Menschen

Die EU-Bürger wünschen sich in erster Linie, dass mehr junge Menschen in Beschäftigung gebracht werden (82%, jedoch 50% der *erstgenannten* Antworten). Die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualität auf allen Bildungstufen wurde ebenfalls häufig genannt (79%), vergleichsweise selten jedoch als *erstgenannte Antwort* (36%). Die Idee, Studenten zu ermutigen, in einem anderen EU-Land zu studieren, liegt hingegen weit hinter den ersten zwei Prioritäten (37%).



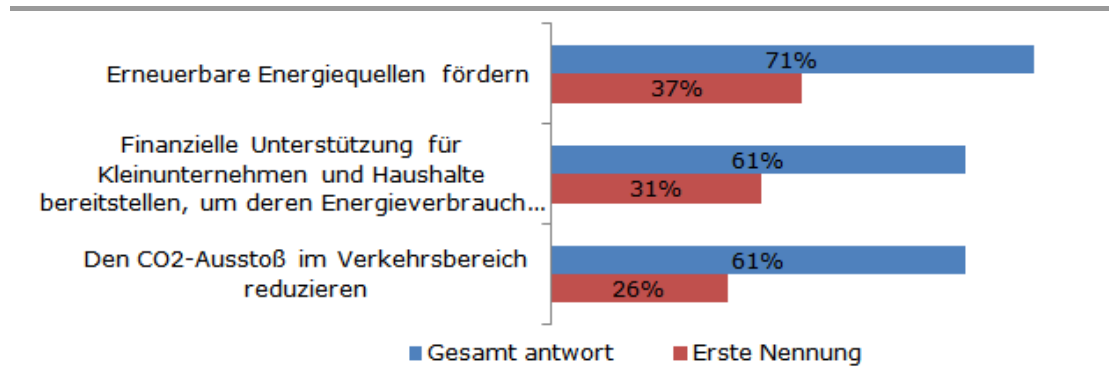
Internet

Oberste Priorität hat der Ausbau des Breitbandzugangs für alle Bürger (57%), während 52% sich die Entwicklung weiterer Internetdienste für die Bürger wünschen und 49% die Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in elektronischen Handel. Allerdings äußerten hierzu 20% der EU-Bürger keine Meinung. Somit gab es weniger Antworten als zu den anderen Initiativen.



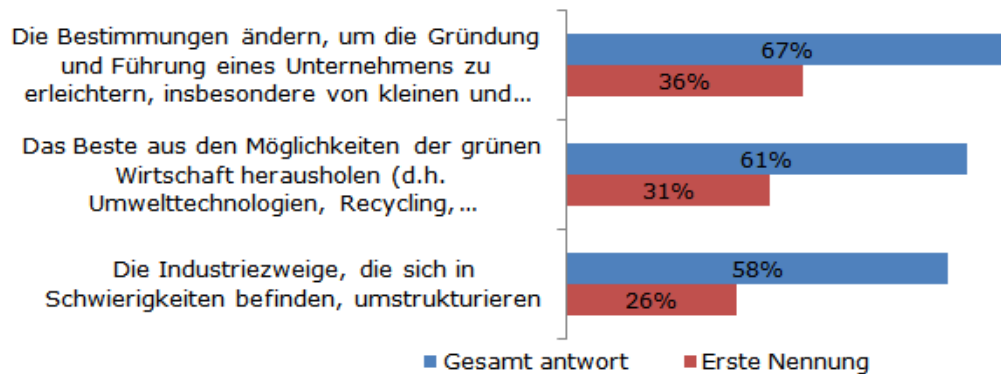
Energie

Auch hier sind die Ergebnisse relativ gemischt, die Förderung der erneuerbaren Energiequellen (71%) hat jedoch offenbar etwas mehr Fürsprecher als die anderen Prioritäten. Die Bereitstellung finanzieller Unterstützung für Kleinunternehmen und Haushalte, um deren Energieverbrauch effizienter zu machen sowie die Reduzierung des CO₂-Ausstoß im Verkehrsbereich wurden jeweils von 61% der Befragten erwähnt.



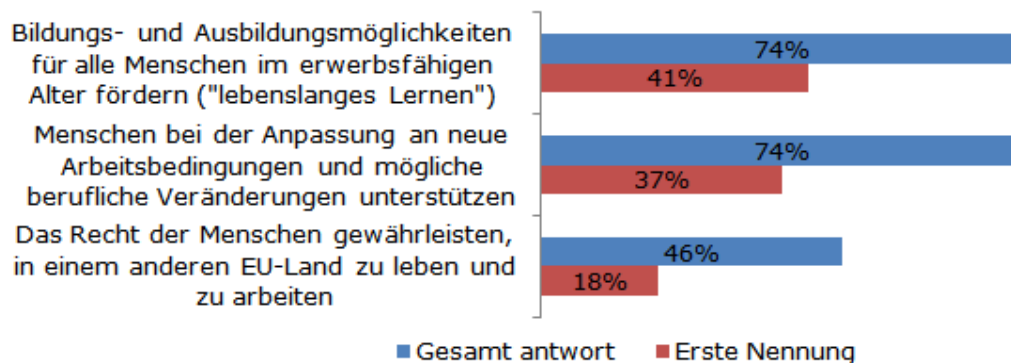
Industrie

Die Befragten nannten als mögliches Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen an erster Stelle die Änderung der Bestimmungen, um die Gründung und Führung eines Unternehmens zu erleichtern (67%). Das Beste aus den Möglichkeiten der grünen Wirtschaft herauszuholen wurde als zweite Option erwähnt (61%), knapp gefolgt von der Umstrukturierung der Industriezweige, die sich in Schwierigkeiten befinden (58%).



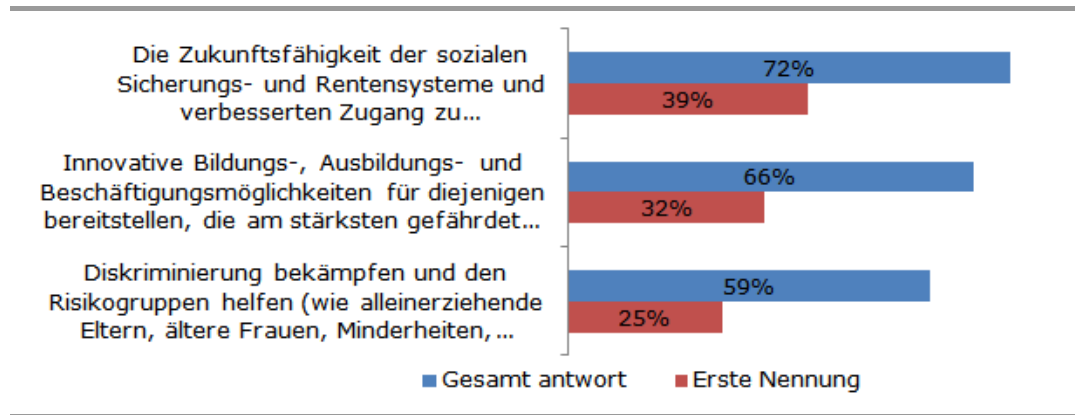
Beschäftigung und Qualifikationen

Die Förderung von Möglichkeiten des lebenslangen Lernens und die Unterstützung von Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und mögliche berufliche Veränderungen (jeweils 74%) werden als vorrangige Maßnahmen betrachtet. Allerdings wurde die Förderung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Menschen im erwerbsfähigen Alter als *erstgenannte Antwort* etwas häufiger erwähnt (41%). Die Gewährleistung des Rechts der Menschen, in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten, scheint dagegen als weniger wichtig betrachtet zu werden (46%).



Armut

Oberste Priorität hat in diesem Bereich bei den EU-Bürgern die Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und eines verbesserten Zugangs zu Gesundheitssystemen (72%). An zweiter Stelle folgt die Bereitstellung von innovativen Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen, die am stärksten gefährdet sind (66%), gefolgt von der Bekämpfung von Diskriminierung und Hilfe für Risikogruppen (59%).



Bei der länderspezifischen Analyse dieser Ergebnisse kristallisieren sich bei jeder dieser Initiativen einige klare nationale Tendenzen heraus:

Innovation

Der Wunsch nach der Neuausrichtung der Forschung auf Klimawandel oder Energieeffizienz ist auf Zypern besonders ausgeprägt, aber auch in Finnland, Schweden und Deutschland deutlich erkennbar. Generell werden diese Umweltthemen in den nördlichen Ländern der Europäischen Union häufiger als dringlich betrachtet.

Die Niederlande wiederum heben sich dadurch ab, dass hier am häufigsten die Zusammenarbeit zwischen Forschen angeführt wird.

Junge Menschen

Besonders stark spricht man sich in Finnland dafür aus, dass mehr junge Menschen in Beschäftigung gebracht werden sollten.

In den Niederlanden und in Lettland ist bei mehr als der Hälfte der Befragten die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualität auf allen Bildungsstufen die *erstgenannte Antwort*. Erwähnenswert ist, dass die Befragten in den Niederlanden generell häufiger Prioritäten rund um Bildung nennen als der EU-Durchschnitt.

Internet

Die hohen Anteile der Befragten in Ungarn und Polen, die als erste Antwort den Ausbau des Breitbandzugangs für alle europäischen Bürger angeben, lassen darauf schließen, dass diese Länder diesbezüglich unterentwickelt sind. Auch in Dänemark und Slowenien wird dieser Punkt häufig erwähnt.

Energie

Wenig überraschend ist, dass sich die Befragten in den nordischen Ländern, den Niederlanden und in Deutschland am stärksten für die Förderung erneuerbarer Energiequellen als *oberste Priorität* aussprechen. Andere Länder, die in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, geben der Bereitstellung von finanzieller Unterstützung für Kleinunternehmen und Haushalte, um deren Energieverbrauch effizienter zu machen, den Vorzug. In Irland ist dieses Anliegen bei 50% der Befragten die *erstgenannte Priorität*.

Industrie

Die Befragten in den stark von Arbeitslosigkeit betroffenen Ländern¹⁷ – Lettland, Estland, Irland, aber auch Spanien – nennen am häufigsten Maßnahmen zur Erleichterung der Unternehmensgründung als Priorität.

Beschäftigung und Qualifikationen

Die nordischen Länder, die Niederlande und das Vereinigte Königreich verzeichnen eine deutliche Präferenz für lebenslanges Lernen. Auf Zypern, in Griechenland und Ungarn war für die Befragten vorrangig, Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und mögliche berufliche Veränderungen zu unterstützen.

Armut

In Lettland, Bulgarien und der Tschechischen Republik führte mindestens die Hälfte der Befragten *zuerst* die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und einen verbesserten Zugang zu Gesundheitssystemen an.

Wenngleich sich bei all diesen Fragen mitunter deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zeigten, **ergeben sich anhand der soziodemografischen Profile der Befragten nur geringe Unterschiede**, was doch recht überrascht, weil gewisse Leitinitiativen im Rahmen von Europa 2020 als auf bestimmte Gruppen ausgerichtet betrachtet werden könnten.

Um nur ein Beispiel anzuführen - die Antworten der jüngsten und ältesten Befragten in Bezug auf die Prioritäten der Europäischen Union zugunsten junger Menschen ähneln sich sehr stark: So wünschen sich beide Gruppen vorrangig die Erhöhung der Anzahl an jungen Menschen in Beschäftigungen (81% der Befragten zwischen 15 und 24 Jahren gegenüber 82% der ältesten Befragten) sowie die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualität auf allen Bildungsstufen (77% der Befragten zwischen 15 und 24 Jahren gegenüber 77% der ältesten Gruppe). Ein einziger, geringer Unterschied zeigt sich darin, dass die jüngsten Befragten etwas häufiger die Ermutigung von Studenten, in einem anderen EU-Land zu studieren, erwähnen (40% der Befragten zwischen 15 und 24 Jahren gegenüber 34% der Befragten ab 55 Jahren).

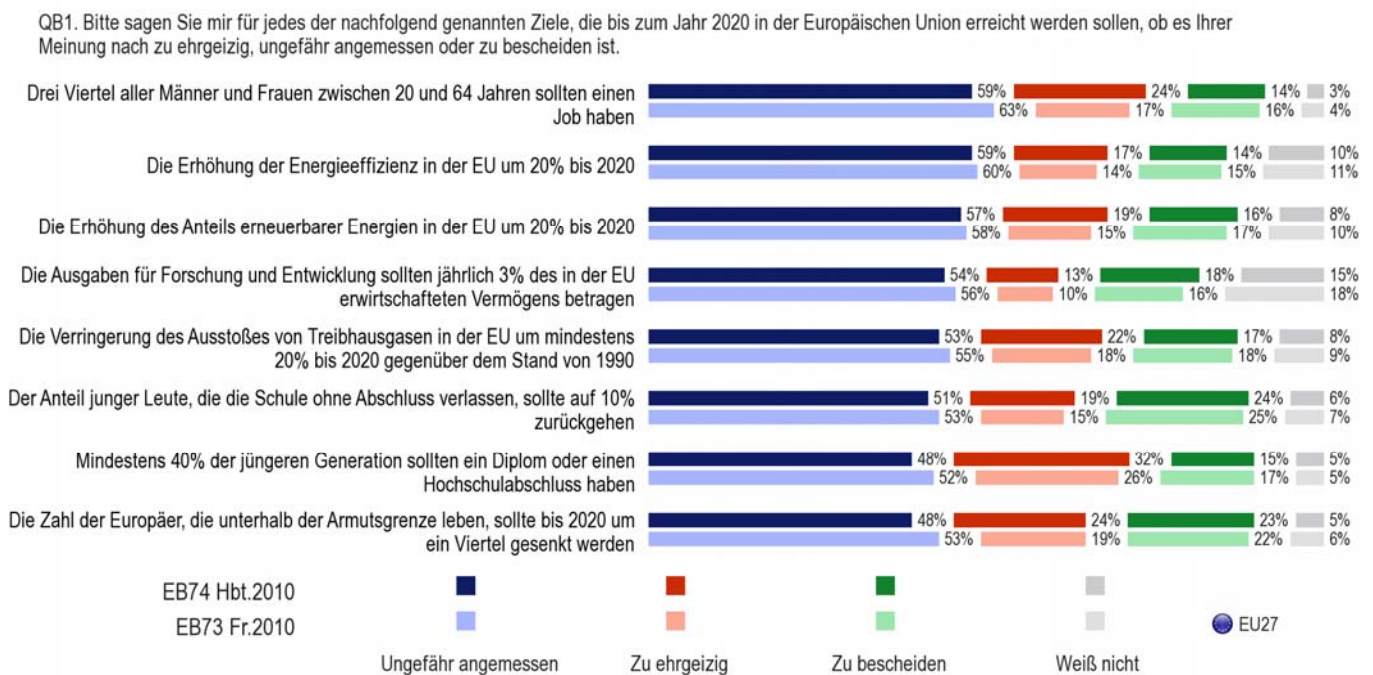
¹⁷ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-30112010-BP/EN/3-30112010-BP-EN.PDF

2.2 Meinungen zu den Zielen von Europa 2020

- Die Europäer sind zuversichtlich, dass die Ziele erreicht werden -

Um die Strategie Europa 2020 zu gestalten und ihre Ergebnisse zu messen, hat sich die Europäische Kommission eine Reihe von speziellen Zielen gesetzt, die bis 2020 erreicht werden sollen.

Insgesamt betrachten die EU-Bürger die acht Ziele im Rahmen von 2020 als realistisch: So meint eine absolute Mehrheit zu sechs der Ziele, dass diese „ungefähr angemessen“ sind, und eine relative Mehrheit (48%) meint dies zu den übrigen zwei Zielen¹⁸. In Bezug auf jedes Ziel ist der Anteil der „ungefähr angemessen“-Antworten jedoch etwas geringer als im Standard-Eurobarometer vom Frühling 2010. Gleichzeitig aber ist der Anteil der Befragten, die meinen, dass diese Ziele zu ehrgeizig sind, leicht gestiegen.



¹⁸ QB1 Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist?

Eine detailliertere Analyse der Antworten, beginnend bei den **wirtschaftlichen und sozialen Zielen**, zeigt Folgendes:

- 59% der EU-Bürger betrachten das Ziel, dass **drei Viertel der Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren einen Job haben sollten**, als realistisch (-4 Punkte seit dem Frühling 2010), während 24% dieses als „zu ehrgeizig“ betrachten (+7) und 14% es für „zu bescheiden“ halten (-2).
- 54% (-2 Prozentpunkte) der befragten EU-Bürger sind der Ansicht, das Ziel, dass **die Ausgaben für Forschung und Entwicklung jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen sollten** (-2 Prozentpunkte) sei realistisch, während 13% dieses als zu ehrgeizig betrachten (+3) und 18% als zu bescheiden (+2).
- 48% der Befragten sind sich einig, dass **die Zahl der Europäer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden sollte**, realistisch ist (-5 Prozentpunkte), während 24% dieses für zu ehrgeizig halten (+5) und 23% für zu bescheiden (+1).

Die Detailergebnisse zu den Zielen hinsichtlich **nachhaltiger Entwicklung**:

- 59% der Befragten halten das Ziel der **Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20% bis 2020** für realistisch (-1 Prozentpunkt), während es 17% für zu ehrgeizig halten (+3) und 14% für zu bescheiden (-1).
- Das Ziel der **Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20% bis 2020** scheint für 57% der Europäer realistisch (-1 Prozentpunkt), 19% hingegen halten es für zu ehrgeizig (+4) und 16% für zu bescheiden (-1).
- 53% der Europäer meinen, dass das Ziel der **Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20% bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990** realistisch ist (-2 Prozentpunkte), 22% halten es für zu ehrgeizig (+4) und 17% für zu bescheiden (-1).

Und schließlich zu den **Bildungszielen**:

- 51% der EU-Bürger sind auch der Ansicht, dass das Ziel des **Rückgangs des Anteils junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, auf 10%** (-2 Prozentpunkte) realistisch ist, 24% meinen, es sei zu bescheiden (-1) und 19% halten es für zu ehrgeizig (+4).
- Zu guter Letzt schätzen 48% der Befragten das Ziel, dass **mindestens 40% der jüngeren Generation ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben sollten**, als realistisch ein (-4 Prozentpunkte), 32% als zu ehrgeizig (+6) und 15% als zu bescheiden (-2). Somit handelt es sich hierbei um das Ziel, das von den EU-Bürgern am ehesten als „zu ehrgeizig“ bezeichnet wird.

Eine klare Mehrheit der EU-Bürger betrachtet die Ziele somit als realistisch, aber der Anteil jener, die deren Erreichbarkeit anzweifeln, ist seit der letzten Umfrage gewachsen. Während im Frühling 2010 der Anteil der Befragten, die diese Ziele für „zu bescheiden“ hielten, in Bezug auf fünf der acht Ziele größer als der Anteil derer war, die diese für „zu ehrgeizig“ hielten, trifft dies nun nur mehr auf zwei der acht Ziele zu: zum einen auf das 3%-Ziel hinsichtlich des Anteils der Ausgaben für Forschung und Entwicklung und zum anderen auf das Ziel, dass der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, auf 10% zurückgehen sollte. Diese Entwicklung könnte durch die anhaltende Wirtschaftskrise bedingt sein, die pessimistische Einschätzungen und Erwartungen verstärkt.

Einige landesspezifische Trends sind erkennbar: So sind die Befragten in Italien hinsichtlich der Erreichbarkeit der Ziele am zuversichtlichsten: Der Anteil der „ungefähr angemessen“-Antworten liegt dort in Bezug auf alle Ziele zehn oder mehr Prozentpunkte über dem europäischen Durchschnitt.

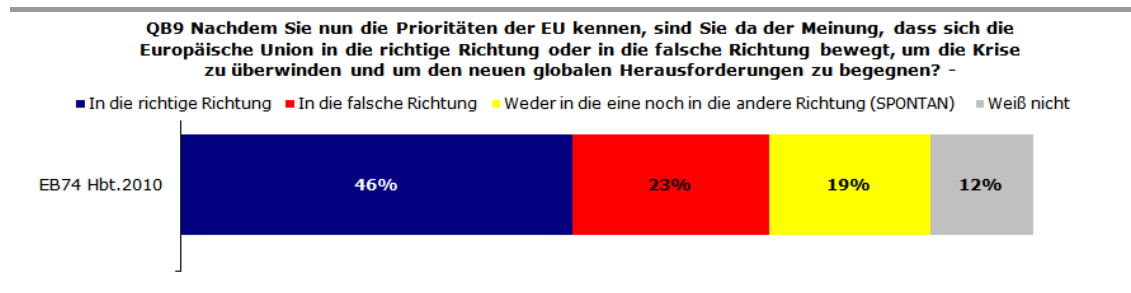
Griechenland hebt sich durch seine ziemlich pessimistische Haltung gegenüber der Erreichbarkeit der Ziele ab. Hier liegt der Anteil der Befragten, die diese als zu ehrgeizig betrachten, bei der Hälfte der Ziele, einschließlich der drei wirtschaftlichen und sozialen Ziele, mindestens zehn Prozentpunkte über dem europäischen Durchschnitt.

Die Befragten in Belgien, Frankreich, Luxemburg (bei vier der acht Ziele) und Schweden (bei fünf der acht Ziele) vertreten dagegen am häufigsten den Standpunkt, dass diese Ziele zu niedrig angesetzt sind. So liegt der Anteil der „zu bescheiden“-Antworten mindestens zehn Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt.

Und schließlich hebt sich Deutschland in einem Punkt relativ deutlich ab: Für 61% der Befragten ist das Ziel, dass mindestens 40% der jüngeren Generation bis 2020 ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben sollten, „zu ehrgeizig“, wohingegen dieser Anteil im EU-Durchschnitt 32% beträgt.

2.3 Bewegt sich die EU in die richtige Richtung?

Die Mehrheit der Europäer befürwortet die von der Europäischen Union umgesetzte Strategie, um die Krise zu überwinden und den neuen Herausforderungen zu begegnen: Alles in allem meinen sie, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt (46%). Fast ein Viertel meint, dass sie sich in die falsche Richtung bewegt (23%), und 19% antworten spontan mit „Weder in die eine noch in die andere Richtung“¹⁹.



Zwischen den Ländern der Euro-Zone und den übrigen Ländern zeigt sich ein Unterschied: Das Gefühl, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt, ist in jenen Ländern, die die Einheitswährung nicht eingeführt haben, stärker (53% gegenüber 21% die meinen, dass sie sich in die falsche Richtung bewegt) als in den Ländern der Euro-Zone (43% gegenüber 23%)²⁰.

Die landesspezifischen Unterschiede sind jedoch noch ausgeprägter: **So vertritt in siebzehn Mitgliedstaaten eine absolute Mehrheit den Standpunkt, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt.** Dazu zählen rund zwei Drittel der Befragten in Polen, Bulgarien, der Slowakei und Schweden, während weniger als vier von zehn Befragten in Spanien, im Vereinigten Königreich, in Italien, Portugal und Griechenland diese Meinung teilen. In Griechenland überwiegt die gegenteilige Meinung (45% sind der Auffassung, dass sich die Europäische Union in die falsche Richtung bewegt, während nur 32% der Ansicht sind, dass sie sich in die richtige Richtung bewegt).

¹⁹ QB9 Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?

²⁰ Estland ist aus den Ergebnissen der Euro-Zone ausgenommen, da diese Studie vor dem vollständigen Beitritt dieses Landes zur Euro-Zone durchgeführt wurde.

Hierbei ist die Meinung zur Richtung, in die sich die Europäische Union bewegt, um die Krise zu überwinden, deutlich von den soziodemografischen Mustern geprägt: Je jünger, wohlhabender, gebildeter und sozial besserstehend diese beispielweise sind, desto häufiger geben sie an, die Europäische Union bewege sich in die richtige Richtung: 53% der Befragten zwischen 15 und 24 Jahren, 54% von jenen, die über das Alter von 19 Jahren hinaus in Ausbildung waren, 53% der leitenden Angestellten, 51% von jenen, die nahezu nie Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben und 56% von jenen, die sich ganz oben auf der gesellschaftlichen Skala einstufen, meinen, dass sich die Europäische Union auf dem richtigen Weg befindet, im Gegensatz zu 42% der Befragten ab 55 Jahren, 34% der Befragten, die vor Vollendung des 16. Lebensjahres die Schulausbildung abgebrochen haben, 40% der Arbeitslosen, 33% von jenen, die meistens Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen und 41% von jenen, die sich ganz unten auf der gesellschaftlichen Skala einstufen.

Fazit

Diese Eurobarometer-Umfrage wurde zu jener Zeit durchgeführt, als Irland, das in einer schweren Finanzkrise steckte, die Europäische Union und den IWF um Unterstützung bat, um sein Bankensystem zu retten. Gleichzeitig aber sind die wirtschaftlichen Perspektiven in anderen Ländern zu jener Zeit besser geworden. Dieser Kontext sollte daher bei der Analyse der Ergebnisse dieser Studie berücksichtigt werden: Die augenscheinliche Stabilität einiger Indikatoren verbirgt mitunter Situationen und Entwicklungen, die von Land zu Land sehr unterschiedlich sind.

Die wichtigsten Erkenntnisse dieser Studie lauten wie folgt:

- ◆ **Auf europäischer Ebene sind immer mehr Befragte der Meinung, dass in Bezug auf die Auswirkungen der Krise das Schlimmste überwunden ist, selbst wenn dies noch eine Minderheitsmeinung bleibt.** Ebenso wie der steigende Anteil, der diese Meinung vertritt, in einigen Ländern auffallend ist, ist auch ein wachsender Pessimismus in gewissen Ländern deutlich zu erkennen. Dies spiegelt die Vielfalt der wirtschaftlichen Gegebenheiten in den verschiedenen Mitgliedstaaten wider.
- ◆ **Die Europäische Union gilt immer noch als die effizienteste Instanz zur Bewältigung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise,** gefolgt von den nationalen Regierungen, der G20 und dem IWF. Die EU steht in 18 Mitgliedstaaten an oberster Stelle der Liste.
- ◆ Eine klare Mehrheit der EU-Bürger wünscht sich **eine verstärkte Zusammenarbeit** zwischen den Mitgliedstaaten, sowohl in der Europäischen Union als auch innerhalb der Euro-Zone.
- ◆ Außerdem meinen sie, dass die verschiedenen möglichen Maßnahmen zur strengeren Überwachung der Aktivitäten des Finanzsektors sowie die Reform des globalen Finanzsystems wirksam bzw. angemessen wären.
- ◆ Zwei Institutionen werden als am besten geeignet betrachtet, um die Reform des globalen Finanzsystems durchzuführen, nämlich der IWF und die Europäische Union. Letztere steht in 12 Mitgliedstaaten, einschließlich Griechenland und Irland, ganz oben auf der Liste.
- ◆ Zu guter Letzt meint eine relative Mehrheit der EU-Bürger, dass **die Europäische Union seit dem Ausbruch der Krise wirksam** gegen die Auswirkungen vorgegangen ist. Diese Meinung vertritt auch in 19 Mitgliedstaaten die Mehrheit der Bürger.

*

*

*

Ebenfalls positiv äußern sich die EU-Bürger zur Zukunft und im Speziellen zur Richtung, die die Europäische Union zur Vorbereitung der europäischen Wirtschaft auf die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts und im Hinblick auf die Zukunft eingeschlagen hat: So spricht sich eine Mehrheit für die Strategie Europa 2020 aus.

- ◆ Die meisten der vorgeschlagenen Maßnahmen, die im Rahmen der sieben Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 umgesetzt werden könnten, wurden von mehr als der Hälfte der EU-Bürger erwähnt. Aus den Antworten wird erkennbar, wie besorgt sie in Bezug auf Beschäftigung sind und wie wichtig ihnen soziale Themen, die Gleichberechtigung aller europäischen Bürger sowie Umweltbelange sind.
- ◆ Die Mehrheit der EU-Bürger ist der Ansicht, dass die Ziele der Strategie Europa 2020 realistisch sind. Allerdings ist der Anteil der Befragten, die befürchten, dass diese nur schwer erreichbar sind, gewachsen.
- ◆ Die meisten EU-Bürger befürworten die zur Bewältigung der Krise und zur Meisterung der neuen Herausforderungen umgesetzte Strategie: Sie sind der Ansicht, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt, wohingegen weniger als ein Viertel die gegenteilige Meinung vertritt.

TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 11. November und dem 1. Dezember 2010, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Forschung und Verfassen von Reden“, die EUROBAROMETER-Umfragewelle 74.2 durchgeführt.

Die STANDARD-EUROBAROMETER 74 ist Teil der Umfragewelle 74.2 und deckt die Gruppe der mindestens 15 jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben. Die STANDARD-EUROBAROMETER 74 wurde außerdem in den vier Bewerberländern (Kroatien, Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Island) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHLE DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.003	11/11/2010	01/12/2010	8.866.411
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.000	12/11/2010	22/11/2010	6.584.957
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.024	12/11/2010	25/11/2010	8.987.535
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.049	11/11/2010	27/11/2010	4.533.420
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.609	12/11/2010	28/11/2010	64.545.601
EE	Estland	Emor	1.000	12/11/2010	29/11/2010	916.000
IE	Irland	MRBI	1.007	11/11/2010	25/11/2010	3.375.399
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	11/11/2010	25/11/2010	8.693.566
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.001	15/11/2010	28/11/2010	39.035.867
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.036	12/11/2010	29/11/2010	47.620.942
IT	Italien	TNS Infratest	1.019	12/11/2010	24/11/2010	51.252.247
CY	Zypern	Synovate	504	11/11/2010	28/11/2010	651.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.003	12/11/2010	28/11/2010	1.448.719
LT	Litauen	TNS Gallup Lithuania	1.005	12/11/2010	28/11/2010	2.849.359
LU	Luxemburg	TNS ILReS	513	11/11/2010	27/11/2010	404.907
HU	Ungarn	TNS Hungary	1.031	12/11/2010	28/11/2010	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	12/11/2010	27/11/2010	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.040	12/11/2010	27/11/2010	13.288.200
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	1.000	11/11/2010	28/11/2010	6.973.277
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	12/11/2010	28/11/2010	32.306.436
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.018	19/11/2010	29/11/2010	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.001	12/11/2010	25/11/2010	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.004	11/11/2010	28/11/2010	1.748.308
SK	Slowakei	TNS AISA SK	1.031	12/11/2010	28/11/2010	4.549.954
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.005	11/11/2010	29/11/2010	4.412.321
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.020	12/11/2010	30/11/2010	7.723.931
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.300	12/11/2010	30/11/2010	51.081.866
GESAMT EU27			26.723	11/11/2010	01/12/2010	406.834.359
IS	Island	Capacent	501	12/11/2010	29/11/2010	252.277
CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gem.	Kadem	500	12/11/2010	28/11/2010	143.226
HR	Kroatien	Puls	1.000	12/11/2010	28/11/2010	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.000	11/11/2010	29/11/2010	52.728.513
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS Brima	1.056	13/11/2010	21/11/2010	1.678.404
GESAMT			30.780	11/11/2010	01/12/2010	465.386.179

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Konfidenzgrenzen	± 1,9 Punkte	± 2,5 Punkte	± 2,7 Punkte	± 3,0 Punkte	± 3,1 Punkte
Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%